

EINE DISKUSSION

Ende November hat ein Genosse eine Arbeit eingeschickt, in der er die Fraktionstätigkeit und das innere Regime unserer Organisation kritisiert. Es handelt sich dabei um zwei sehr wichtige Fragen politischer Natur, die der Genosse mit schweren Vorwürfen gegen die Leitung verknüpfte. Deshalb hat diese in einem ausführlichen Brief darauf geantwortet und beschlossen, sowohl die Kritik des Genossen als auch ihre Antwort zu veröffentlichen. Die beiden Dokumente sind im Anhang als Anlagen 1 und 2 abgedruckt.

UNSERE PUBLIKATIONEN

Seit der Anzeige in den "Internen Mitt." Nr. 9 sind folgende Schriften erschienen: "Spartakist" Nr. 25 (Nov.47), 26 (Sondernummer vom 22.11.47), 27 (Dez.47) und 28 (Jänner 48); - "Interne Mitteilungen" Nr. 10 (13.12.47) und eine Sondernummer vom 7.1.48; - "Diskussionsmaterial" Nr. 29 (28.11.47), 30 (23.11.47), 31 (5.12.) und 32 (19.1.48).

Die Sondernummer der "I.M." bringt die Resolutionen des letzten IEK-Plenums (Sept.47). - "D.M." Nr. 29 enthält Material zur Eintrittstaktik, ein Brief der MAS zur Taktik der PCI, ein weiterer Brief der MAS zur Frage der Vereinigung SWP-WP und das Manifest des IS zur "Kominform"-Gründung. - "D.M." Nr. 30 informiert mit Berichten und Dokumenten über die Lage unserer Bewegung in Deutschland. - "D.M." Nr. 31 beschäftigt sich mit der Politik der PCI (Gemeindewahlen, IV.Kongreß der PCI, de Gaulle). - Im "D.M." Nr. 32 werden veröffentlicht: "Frauen in der SU", "Volksrepublik oder Sowjetrepublik in Griechenland" und die Resolution der PCI über die SU.

Anhang von 11 Seiten.

+++++
W I R S I N D I L L E G A L !
=====

D E N K E I M M E R D R A N !
=====

Anlage 1

BRIEF DER LEITUNG AN GEN. B.

Werter Genosse! Wir bestätigen den Erhalt Deiner Arbeit über "Die Linken auf dem Parteitag der SPÖ und die IKÖ" (siehe Anlage 2 - 3); wenn wir Dir verhältnismäßig spät antworten, so ist das dem Umstand geschuldet, daß wir in den letzten Wochen eine Reihe vorrangiger Aufgaben erledigen mußten.

Deine Arbeit gliedert sich in zwei Teile, nämlich in einen Bericht über den SP-Parteitag mit einer Wertung der auf ihm aufgetretenen "linken" Strömungen, und eine Kritik an unserer Organisation sowohl in bezug darauf, ob sie sich diesen Strömungen gegenüber richtig verhält als auch in bezug auf ihr eigenes inneres Regime. Die Fragen, die Du aufwirfst, sind interessant und wichtig; wir wollen sie der Reihe nach behandeln.

Die "Linken" in der SPÖ

An die Spitze dieses Abschnittes stellen wir die Behauptung, daß Du die sogenannten "Linken" in der SPÖ nicht mit dem kritischen Auge des Kommunisten, sondern durch die Brille eben dieser "Linken" selbst betrachtest. Zum Beweis dieser Behauptung zuerst zwei Fragen:

1. Wann ist eine oppositionelle Gruppierung in der SP wirklich links; wann können wir von einer solchen Gruppierung sagen: hier handelt es sich um eine revolutionäre Linksopposition?
2. Wodurch unterscheiden wir uns von einer revolutionären sozialdemokratischen Linken?

Die Antwort auf die erste Frage kann nur lauten: Wenn eine Gruppierung die Koalitionspolitik in allen Spielarten, in allen Erscheinungsformen grundsätzlich ablehnt; wenn sie den Bruch mit der Bourgeoisie als Voraussetzung einer Arbeiterpolitik fordert; wenn sie für den konsequenten außerparlamentarischen Massenkampf gegen die Bourgeoisie eintritt, dann handelt es sich um eine revolutionäre Linke. Die grundsätzliche Einstellung zum Klassenkampf des Proletariats ist das höchste Kriterium für eine Politik, die sich sozialistisch nennt. - Die Antwort auf die zweite Frage: Wir unterscheiden uns von einer revolutionären Linken in der SP nicht in der Frage der Koalitionspolitik, sondern in der Frage der Partei. Jede sozialdemokratische "Linke" glaubt an die Möglichkeit, durch ihre Tätigkeit innerhalb der SP diese reformieren, die Arbeiter für den proletarischen Klassenkampf unter der Führung dieser Partei gewinnen zu können. Dieser Glaube ist eine Illusion, die wir Kommunisten auf Grund einer jahrzehntelangen Erfahrung endgültig überwunden haben. Die Aufgabe besteht nicht darin, die SP zu reformieren, sie wieder zu einer revolutionären Partei zu machen; unsere Aufgabe besteht darin, vorläufig die fortgeschrittensten Arbeiter von der Notwendigkeit des Bruches mit der SP (und mit allen opportunistischen Parteien und Gruppen) als Programm und als Organisation zu überzeugen. In dem Maße, in dem eine revolutionäre Linke in der SP ihre Illusionen über die Möglichkeit einer Reform der SP verliert und die Notwendigkeit des Bruches mit dieser Partei einsieht, in dem Maße geht sie vom links-sozialdemokratischen Standpunkt auf den des Kommunismus über.

Wenn wir nun jene "linken" Gruppierungen betrachten, die auf dem Parteitag aufgetreten sind, so ergibt sich aus dem vorhin Gesagten, daß keine einzige von ihnen als revolutionäre Linke gewertet werden darf. Gerade diesen Fehler begeht Du jedoch. Deine Kritik an den "Linken" beschränkt sich im großen und ganzen auf eine

Kritik ihrer organisatorischen Fehler. Der Haupt"fehler" der "Linken" besteht jedoch nicht in deren schlechter Organisation, sondern in ihren politischen Grundlagen. Allen drei auf dem Parteitag aufgetretenen "linken" Gruppen war gemeinsam, daß sie die Koalitionspolitik nicht prinzipiell verwarfen, daß sie nicht den Bruch mit der Bourgeoisie als unumgängliche Voraussetzung einer wirklichen Arbeiterpolitik betrachteten. Sehen wir uns die politische Resolution der "linkesten" Gruppe, der SJ an. Der entscheidende Absatz in ihr lautet:

"Der Parteitag beschließt daher, den Kampf gegen die ÖVP inner- und außerhalb des Parlaments zu verschärfen. In der Presse und in Parteiverhandlungen muß eine eindeutige feste Sprache angeschlagen werden. Es ist der ÖVP klarzumachen, daß die SPÖ ihre vorübergehende Zusammenarbeit in der Konzentrationsregierung von der Haltung der ÖVP abhängig macht. Trotz der Konzentrationsregierung darf die Partei nicht darauf verzichten, den Klassenkampf zu führen. Das bedeutet in Österreich Kampf gegen die Volkspartei. Die SPÖ, in der die Arbeit der Arbeiterklasse verwirklicht ist, muß den Kampf führen, ohne sich durch die unehrlichen Manöver der kommunistischen Spalter ablenken zu lassen."

Die SJ fordert also, "den Kampf gegen die ÖVP inner- und außerhalb des Parlaments zu verschärfen". Doch wo hat die SP bis jetzt inner- und außerhalb des Parlaments überhaupt einen wirklichen Kampf gegen die ÖVP geführt? Dieser scheinbar so radikale Satz ist in Wirklichkeit nur eine "radikale" Phrase, die im Pferdefuß in der politischen Resolution der SJ verstecken soll, der nun folgt. "Es ist der ÖVP klarzumachen, daß die SPÖ ihre vorübergehende Zusammenarbeit in der Konzentrationsregierung von der Haltung der ÖVP abhängig macht. Trotz der Konzentrationsregierung darf die Partei nicht darauf verzichten, den Klassenkampf zu führen". Also, die SJ ist zumindest für eine vorübergehende Zusammenarbeit mit der ÖVP "in der Konzentrationsregierung". Die SJ ist der Ansicht, daß "die Partei" den "Klassenkampf" auch "innerhalb der Konzentrationsregierung" führen kann. Und wir fragen Dich nun, Genosse, worin Du in dieser Resolution den politischen Fortschritt gegenüber dem Auftreten der "Linken" seit dem vorjährigen Parteitag siehst? Nun war aber die SJ wirklich die "linkeste" der drei Gruppierungen.

Nehmen wir die Gruppe des, wie Du ihn nennst, "Genossen" Scharf. Du bemängelst den improvisierten Charakter seiner Aktion. Hast Du Dir schon Gedanken darüber gemacht, warum der "Genosse" Scharf es unterlassen hat, "seine Resolution vor dem Parteitag in den Sektionen der Partei zur Diskussion zu stellen, um so die unzufriedenen Parteimitglieder und dadurch auch Delegierte zu gewinnen"? Die Aktion des "Genossen" Scharf war der Versuch einer Palastrevolution, eines "Umsturzes" in der SP, ohne auf den Parteivorstand durch die Mobilisierung der Mitglieder einen Druck auszuüben. Warum hat Scharf dies unterlassen? Weil er grundsätzlich auf derselben Linie wie die Scharf, Helmer & Co. steht, d.h. auf der Koalitionlinie. Die Aktion von Scharf bezweckte nur den Austausch der Führergarnitur, nicht aber das Aufgeben der Koalitionspolitik. Warum wollte aber Scharf die Führergarnitur austauschen? Weil er mit einigen anderen zu jener Gruppe "überzeugter Volksdemokraten" innerhalb der SP-Bürokratie gehört, die sich mit der Sowjetbürokratie gutzustellen wünscht, um sich ihre bürokratischen Posten auch für den Fall zu sichern, wenn Österreich oder der östliche Teil von ihm dem strategischen Glacis der SU einverleibt wird. Diesen wahren Hintergrund der Aktion der "Vierundvierziger" konnte der "Genosse" Scharf natürlich nicht den SP-Arbeitern sagen. Die Scharf, Krones & Co. repräsentieren den Stalinflügel innerhalb der SP-Bürokratie; das ist die politische Basis ihres "Linkstums". Siehst Du nun, worin die politische Wur-

zel des organisatorischen "Versagens" des "Genossen" Scharf besteht? Und nun gar erst die dritte Gruppe, die der "Sozialistischen Studenten". Du sagst, daß ihre Broschüre "tiefer und weit gründlicher" die Wurzeln der SP-Politik untersucht; daß sie ein "tiefes und gründliches Verstehen der Ursachen der SP-Politik zeigt"; daß sie "am klarsten sieht und daher am weitesten links steht". Darnach sollten wir also erwarten, daß die "Sozialistischen Studenten" klar aussprechen, worin denn "die Ursachen des immer mehr nach rechts gehenden Weges der SP, der Ignorierung der marxistischen Prinzipien und der wachsenden Akzeptierung kleinbürgerlicher Ideologien" besteht, nämlich in der Koalitionspolitik. Doch davon ist auch in der Broschüre dieser "Linken" keine Rede! Ihre Kritik an der Koalitionspolitik leitet sich nicht aus der Einsicht über die Unversöhnlichkeit der proletarischen und kapitalistischen Klasseninteressen ab, sondern einzig und allein aus der Angst derer, die befürchten, von ihrem kapitalistischen Koalitionspartner geprellt zu werden. Die Forderungen dieser Broschüre laufen darauf hinaus, die SP möge aus der Koalition mehr herausholen als bis jetzt. Was herausholen? Für wen herausholen? Darüber schweigt die Broschüre; gerade das ist aber der entscheidende Punkt. Wenn man "kraftvolle Aktionen und Demonstrationen, wie überhaupt den verstärkten Kampf auf der Straße und in den Betrieben" fordert, dann ist diese Forderung solange eine glende Phrase, solange sie nicht auf dem Boden eines konkreten Aktionsprogramms, das die unmittelbaren Interessen der Massen vertritt, gestellt wird. Auf Seite wieviel dieser Broschüre steht ein solches Aktionsprogramm? Wir haben sorgfältig geblättert, diese Seite aber nicht gefunden! Es handelt sich daher bei der "Opposition" der "Sozialistischen Studenten" um rabiate Intellektuelle, die um ihre Karriere bangen und die aus der Koalition einige zusätzliche Posten und Pöstchen herausholen wollen. Die wahren Ursachen ihrer Unzufriedenheit können sie nicht offen aussprechen; sie melden darum ihre Forderungen an den Parteivorstand in einem Wust "radikaler" Phrasen eingekleidet an. Etwas "Wunderbares" können wir deshalb weder an der ganzen Broschüre, noch an einzelnen Stellen von ihr finden. Das "Wunder" besteht vielmehr für uns darin, daß Du, Genosse, diese Phrasenhelden ernst nimmst.

Die "Linken" in der SPÖ und die IKÖ

Wir sehen, daß es mit einer wirklich ernst zu nehmenden revolutionären Opposition in der SP einstweilen noch nicht sehr weit her ist. Denn nochmals: Das höchste Kriterium für den Ernst einer solchen Opposition ist deren grundsätzliche Einstellung zur Koalitionspolitik - und dies nicht nur auf dem Papier. Denn sogar dann, wenn auf dem Parteitag eine Gruppe mit einem Dokument aufgetreten wäre, in dem die Koalitionspolitik prinzipiell verworfen wird, sogar dann wäre es unsere Aufgabe gewesen, darüber nicht in Verzückung zu geraten, sondern zu fragen: Wie sieht Eure Praxis aus, wie weit entsprechen Euren Worten Euren wirklichen Taten? Wie es jedoch mit der Praxis all' der "linken" Helden des diesjährigen Parteitages aussieht, darüber dürften wohl kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wenn wir zu einer weit realistischeren Einschätzung der gegenwärtigen "Linken" gelangen als Du, bedeutet das nun, daß uns die Entwicklung in der SP kalt läßt, daß wir sagen: Es gibt noch keine revolutionäre Linke in der SP, die gegenwärtige "Linke" ist opportunistisch; kümmern wir uns nicht weiter um sie!? Das wäre genau so falsch, wie es die Überschätzung der gegenwärtigen "Linken" ist. Die Basis auch der gegenwärtigen "Linken" ist zweifellos die tiefe Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Politik der SP. Die Frage ist also, was wir tun können und tun müssen, um die "Linke" vorwärtszu stoßen, um sie zu klären und ihren Spitzen einen sanften Anstoß zu geben durch die Entfaltung eines gewissen Druckes von "unten". Diese Frage ist durch unsere Konferenzbeschlüsse, auf die Du selbst ver-

weist, geklärt; die Fraktionsarbeit innerhalb der SP wird von ihnen als eine unserer Aufgaben bezeichnet, und Du darfst, weil Du es nicht siehst, daraus nicht den falschen Schluß ziehen, daß also auf diesem Gebiet überhaupt nichts geschieht. Vor allem aber ist notwendig, daß Du Dir über das Wesen dieser Fraktionsarbeit und ihren möglichen Erfolg sehr viel konkretere Vorstellungen machst, als Du sie anscheinend bis jetzt besitzt.

Was ist die Ursache, daß es der SP bis jetzt noch immer gelungen ist, trotz allen Verrates die Arbeiter hinter sich zu behalten? Die Ursache ist das Fehlen der revolutionären Klassenpartei. Wir sind noch nicht diese Partei, wir sind ihr Kern, ihr Kristallisationspunkt, wir sind, wenn wir ein vielleicht gewagtes Beispiel gebrauchen wollen, der Motor - aber noch nicht das ganze Flugzeug, und der Motor allein kann nicht fliegen. Nur in dem Maße, in dem unsere Organisation stärker wird, organisatorisch und politisch, nur in dem Maße werden wir den Gang des Klassenkampfes und (als wichtigen Abschnitt desselben) die Entwicklung innerhalb der SP beeinflussen. Keinerlei Wunderrezept ist imstande, dem Proletariat die Notwendigkeit einer neuen revolutionären Partei und uns die mühevollen Arbeit des Aufbaues einer solchen zu ersparen. Ist die Fraktionsarbeit nicht in Deinen Augen ein solches Wunderrezept? Wir glauben - ja, weil Du sie ganz losgelöst von den allgemeinen Aufgaben und den konkreten Bedingungen unseres Kampfes betrachtest. Wie gehen wir an die Fraktionsarbeit heran?

Um das zu verstehen, stellen wir uns zuerst folgende Frage: Was wollen wir mit der Fraktionsarbeit innerhalb der SP erreichen? Erblicken wir in ihr nur ein Mittel, um besser individuelle Propaganda für unsere Organisation betreiben zu können? Es ist klar, daß, wenn wir Genossen zu diesem Zweck in die SP hineinschicken, der Umfang ihrer Arbeit sehr begrenzt sein wird. Du kennst ungefähr die Stärke oder besser gesagt Schwäche unserer Organisation. Mit individueller Propaganda können wir uns überdies nur an die politisch und moralisch besten Elemente in einer bestimmten Sektion oder Organisation der SP heranzumachen; dieser Elemente sind verhältnismäßig sehr wenige. Wir können, wenn wir der Fraktionsarbeit nur das Ziel der individuellen Propaganda geben, wohl auf diesem Wege Mitglieder gewinnen, aber wir können die große Entwicklung in der SP nicht wesentlich beeinflussen. Du stellst aber unserer Fraktionsarbeit vor allem die Aufgabe, die "Linken zu befruchten". "Hätten wir die Opposition, die wir richtig als anwachsend erkannten, vom vorjährigen bis zum heutigen Parteitag befruchten können? Unweigerlich", ist Deine Antwort. Sehen wir also zu, wie das möglich gewesen wäre.

Wir glauben nicht, daß Du Dir das "Befruchten" so vorstellst, daß wir den Scharf & Co. oder irgendwelchen anderen führenden Elementen der heutigen "Linken" hätten "Tips" geben sollen. Diese Leute bedürfen keiner "Tips" von uns, die wissen genau, worum es sich dreht. Das "Befruchten" kann also nur darin bestehen, ihnen etwas Feuer unter dem Allerwertesten anzufachen und in ihrem Arbeiterumhang, wie der Wiener sagt, "umzurühren"; d.h. den sich nach links entwickelnden Arbeitern in der SP, der wirklichen Linken müssen wir politisch helfen. Die individuelle Propaganda kann diese Aufgabe nicht leisten. Wenn wir auf die opportunistischen Spitzen einen Druck von unten ausüben wollen, dann müssen wir die Propaganda so gestalten, daß ihre Lösungen von breiteren Massen der Parteimitarbeiterschaft nicht nur verstanden, sondern auch akzeptiert werden. Praktisch gesprochen: Propaganda, nicht um die Arbeiter für die IV. Internationale und die IKO, sondern um sie für ein den konkreten Bedingungen entsprechendes Aktionsprogramm auf dem Boden unseres Übergangsprogramms zu gewinnen. Das kann nur gelingen, wenn unsere Fraktionsarbeit in der SP entsprechend breit aufgezogen wird; wenn sie nicht auf vereinzelte unserer Mitglieder beschränkt, sondern so beschaffen ist, daß wir an den wichtigsten Orten und in den wichtig-

sten Organisationen vertreten sind, daß eine wenn auch nur dünne Durchdringung der wichtigsten Organisationen der SP mit unseren Genossen besteht, die diesen eine organisierte planmäßige Kooperation ermöglicht. Eine solche Fraktionsarbeit streben wir an, nur eine solche Fraktionsarbeit wird entscheidend zur Bildung eines linken Flügels in der SP beitragen. Eine solche Fraktionsarbeit hat jedoch eine Voraussetzung: wir müssen wesentlich stärker sein als jetzt! Du stellst die Frage, "warum von Seiten unserer Organisation nichts geschah"? Glaubst Du wirklich, daß das Problem gelöst gewesen wäre, wenn die Leitung den Beschluß gefaßt hätte, "der weitaus größte Teil unserer Genossen habe in die SP zu gehen"? Es handelt sich nicht darum, ob es realisierbar gewesen wäre, "den größten Teil unserer Genossen in die SP" zu schicken, es handelt sich vor allem um die Frage, ob die bloße Mitgliedschaft bei der SP allein schon die Garantie ist, daß die Fraktionsarbeit so ausfällt, wie wir es wünschen. Das ist nicht nur eine Frage, wieviel Genossen wir bei der SP haben, das ist vor allem die Frage, über welche Qualitäten diese Genossen verfügen. Die Qualität unserer Genossen ist die Qualität unserer Organisation. Wir wollen realistisch sein und uns nicht vormachen, daß wir Aufgaben durchführen können, die über unsere Kraft gehen, quantitativ und qualitativ. Diese Feststellung bedeutet weder, daß die Leitung die Verantwortung für die Schwäche unserer Organisation auf die Mitglieder abwälzen will noch, daß wir beiseitretreten, um resigniert zu sagen: Wir sind zu schwach, und da kann man halt nichts machen... Wir meinen nur, daß mit einem Leitungsbeschluß, der auf dem Papier bleibt, allein nichts getan ist.

Unser inneres Regime

Ja, aber die Beschlüsse der Konferenz, der Punkt 58, b dieser Beschlüsse! Dieser Punkt lautet:

"Die Fraktionsarbeit muß systematisch fortgeführt werden unter Beachtung auf folgende Punkte: - a) ihr Schwergewicht muß Schritt für Schritt in die Betriebe verlagert werden; - b) das Gesicht der fraktionellen Parteiarbeit muß in der nächsten Etappe der SP zugewendet werden, vor allem der SP-Jugend."

In diesem Konferenzbeschluß ist keinerlei Rede davon, daß die Fraktionsarbeit die Haupttätigkeit unserer Organisation darstellen soll, noch ist über ihren Umfang die Rede. Dagegen wird in Punkt 56 folgendes gesagt:

"Der Wichtigkeit nach steht unsere Arbeit in den Betrieben an erster Stelle."

Und in Punkt 58, a wird die Notwendigkeit der Verlagerung des Schwergewichtes unserer Tätigkeit in die Betriebe noch einmal betont. Wir glauben, daß damit die Dinge klargestellt sind und die Behauptung, die Leitung halte sich nicht an die Konferenzbeschlüsse, ins richtige Licht gerückt wird. Du stellst die Dinge so dar, als ob die Konferenz beschlossen hätte, daß auch die Tätigkeit unserer Organisation in der Fraktionsarbeit erschöpft wäre. Du siehst nichts von unserer fraktionellen Tätigkeit, die wir trotz alledem leisten, und die augenblicklich auch nicht für jeden sichtbar zutage liegt und vorläufig keine für jeden sichtbare Frucht trägt, die vor allem noch nicht die Ergebnisse hat, welche Du schon jetzt zu sehen wünschst. Du schweigst über die ganze übrige Tätigkeit unserer Organisation und ziehst nun Kühn daraus den Schluß, daß wir also gar nichts leisten. Und warum leisten wir nichts? Weil unsere "Haupttätigkeit in der Reinigung der Organisation von 'unfruchtbaren' Elementen, in der Zerstörung der freien positiven Kritik und der inneren Demokratie bestanden hat". "Diese 'Säuberungsaktion' unserer Organisation nahm die gesamte Kraft derselben in Anspruch". Auf die letztere Behauptung wollen wir nicht näher eingehen - wir überlassen es der Beurteilung jedes einzelnen unserer Genossen, ob dem so war - wir wollen

nur zeigen, was hinter dieser Behauptung steckt. Es steckt dahinter eine große politische Unehrllichkeit, eine Unehrllichkeit nicht so sehr von Dir selbst, denn unserer Überzeugung nach wirst Du hier nur mißbraucht, bist Du nur Sprachrohr und Werkzeug, und es steckt weiters dahinter eine sehr große Verworrenheit Deinerseits über das Wesen des demokratischen Zentralismus. Und auch darüber wollen wir jetzt sprechen, da uns daran gelegen ist, Dich davon zu überzeugen, daß Du irrst.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß hinter Deinen Behauptungen, wonach wir uns nicht an die Konferenzbeschlüsse halten, wonach wir die innere Demokratie zerstören usw. der von uns ausgeschlossene St. steckt. Es ist hierbei unwesentlich, ob Du Deine Arbeit zuvor mit ihm besprochen hast oder nur ganz allgemein unter seinem Einfluß handelst - gut ist dieser Einfluß nicht. Und das wollen wir Dir jetzt zeigen.

Vor allem ist unwahr, daß St. ausgeschlossen wurde, weil wir ursprünglich mit ihm politische Differenzen gehabt haben. Er wurde zuerst suspendiert und später ausgeschlossen, weil er sich absolut disziplinos benommen hat. St. hat aus unserer außerordentlichen Konferenz die Dinge so darzustellen versucht: "Die Dezember-Konferenz hat den Beschluß gefaßt, unsere Organisation zu legalisieren. Die Leitung ist diesem Beschluß nicht nachgekommen, weil sie feig ist. Ich habe dagegen politisch opponiert und wurde von der Leitung daraufhin ausgeschlossen, nachdem mir vorher schon jede Möglichkeit genommen war, meine Ansichten vor der Mitgliedschaft zu vertreten". Diese Argumentation von St. ist durch und durch verlogen. Er hat sie nur nachträglich erfunden, um von der wahren Ursache seiner Suspendierung und seines Ausschlusses, nämlich von seinen großen Disziplinosigkeiten nicht sprechen zu müssen. Wir geben jetzt einen Auszug aus einem Brief wider, den St. am 7.3.47, also noch vor dem Abschluß der Moskauer Besprechungen der "Alliierten", die die Verlängerung der Besetzung Österreichs auf unbestimmte Zeit mit sich brachte, an einen ausländischen Genossen gerichtet hat. Aus diesem Brief ersiehst Du, daß St. in bezug auf sein Auftreten auf der außerordentlichen Organisationskonferenz den genau entgegengesetzten (und, wie wir festhalten wollen, richtigen!) Standpunkt vertreten hat:

"... Nun zu den Fragen unserer Tätigkeit, Massenarbeit, Legalisierung, dem Hinweis zur Konspiration, und warum 'wir bremsen'. Du siehst die Dinge bei uns in Österreich durch die Brille des weitab von den Ereignissen Sitzenden, der in keiner Weise mit der bei uns herrschenden Wirklichkeit vertraut ist. Wozu noch kommt: Deine langjährige Abwesenheit. Es besteht keinesfalls ein Widerspruch zwischen uns wegen dem, ob die Isolierung bewußt überwunden werden soll, ob wir die Massen mobilisieren sollen usw. Zu diesen Fragen findest Du unsere Stellung in der Resolution 'Lage und Aufgaben' in der Konferenznummer. Ein Widerspruch liegt hauptsächlich meiner Meinung nach in der richtigen Einschätzung der tatsächlichen, der wirklichen Verhältnisse in Österreich. Würdest Du die Verhältnisse, die politischen sowie die der Sicherheit, genauer kennen, ich bin überzeugt davon, Du hättest mehr Achtung vor unserer Tätigkeit. Ebenso verstündest Du weit besser die Notwendigkeit des ständigen Hinweises zur Beachtung der Konspiration.

Ich habe Dir ja von dem Verschwinden S. berichtet, der ein Opfer der GPU wurde. Solche Opfer bringt die Arbeiterschaft tagtäglich, bringt die SP, trotz ihrer Massenbasis, trotzdem sie die Massen aufrüttelt gegen die GPU. Andererseits haben wir es schon des öfteren gehört: Ihr müßt legal werden! Sehen wir davon ab, ob die 'Legalisierung um jeden Preis' richtig ist, so ist es immerhin eindeutig und klar, daß sie nicht von unserem Willen und Wollen, sondern von den Möglichkeiten abhängt. Wenn es bis heute einigen ka-

pitalistischen Gruppierungen (Landbund, Vaterländische Front) nicht gelungen ist, als eigene Partei aufzutreten, wenn man mit allen Mitteln (hauptsächlich seitens der Alliierten) das Drei-Parteien-Monopol aufrechterhält, dann soll es ausgerechnet uns gelingen, 'legal' zu werden? Ich bin hier der Meinung, die Genossen würden uns und dem deutschen Proletariat weit mehr helfen, würden sie ihre legalen Möglichkeiten so oft und ernst gebrauchen, als sie uns gute Ratschläge geben, und ihre Regierungen zum Abzug der Besatzungstruppen zwingen - wir könnten schon längst 'legal' sein..."

Das ist, wir wollen es nochmals betonen, geschrieben vor dem Abschluß der Moskauer Verhandlungen der "Alliierten"! Und welchen Standpunkt hat St. fünf Monate später vertreten? Hat er nicht damals der Leitung vorgeworfen, sie halte sich nicht an die Beschlüsse der Konferenz, sie sei feig, sie wolle nicht die Legalisierung unserer Organisation, er, St., vertrete hingegen eine "kühne revolutionäre Politik", und dies, trotzdem zu diesem Zeitpunkt für jeden ganz klar war, daß die Besetzung Österreichs auf unbestimmte Zeit verlängert wurde, daß damit die Aussichten auf eine baldige Legalisierung für längere Zeit geschwunden sind? Ein solches Verhalten ist Demagogie, ist zutiefst unehrlich!

Und nicht nur, daß St. wider besseres Wissen, um der Leitung eins auszuwischen und die Mitglieder gegen sie aufzuwiegeln, einen politischen Gegensatz konstruiert hat, der ursprünglich gar nicht vorhanden war - die Unehrlichkeit besteht in einer direkten Fälschung. Der betreffende Konferenzbeschuß lautet:

"59. Eine weitere Aufgabe ist die Vorbereitung und im geeigneten Augenblick durchzuführende Legalisierung unserer Organisation."

Hier wird also keinerlei Termin gestellt, sondern ausdrücklich gesagt: "Zum geeigneten Zeitpunkt". Eines ist klar: wenn dieser Zeitpunkt nicht am 7.3.47 der geeignete war, dann war er im August 1947 noch weniger gegeben. Doch abgesehen davon stellte St. den Konferenzbeschuß so dar, als ob es sich um den strikten Auftrag an die Leitung gehandelt hätte, die Legalisierung sofort, als unmittelbare konkrete Aufgabe durchzuführen. Wie Du aus dem Wortlaut des Beschlusses ersiehst, ist das aber nicht im geringsten der Fall. Und darum nennen wir eben die Methoden von St. unehrlich; wir werden sie schonungslos bekämpfen, wo immer sie auftreten.

Du siehst also, daß der Ausschluß von St. keineswegs aus dem Grunde erfolgt ist, weil die Leitung "jede freie Kritik und jede innere Demokratie in unserer Organisation zerstören will". Genau auf derselben Linie wie der "Kampf" von St. gegen die Leitung, "weil diese nicht die Legalisierung der Organisation wollte", genau auf derselben Linie liegt aber die Behauptung, die Leitung halte sich bezüglich der Fraktionsarbeit nicht an die Konferenzbeschlüsse. Wir haben Dir gezeigt, daß diese Behauptung unrichtig ist und daß hinter ihr dieselbe Unehrlichkeit steckt wie in dem Verhalten St's auf der außerordentlichen Konferenz. Wir haben gesagt, daß Du Dich hier für einen unehrlichen Zweck mißbrauchen läßt und daß die Grundlage hierfür, soweit es Deine Person betrifft, in einer großen Verworrenheit über das Wesen des demokratischen Zentralismus zu suchen ist. Worin besteht nun diese Verworrenheit?

Sie besteht darin, daß Du den demokratischen Zentralismus mit spielerischen Formen der Demokratie verwechselst. Diese spielerischen Formen der Demokratie, diese Karrikatur auf den demokratischen Zentralismus besteht in der Ansicht, daß in einer revolutionären Organisation alles und jedes "demokratisch" durchgeführt werden muß, daß alles und jedes erst nach einer "demokratischen Abstimmung" gemacht werden darf. Eine solche Auffassung des demokratischen Zentralismus negiert die führende Rolle der Kommunisten, weil sie von der Annahme

ausgeht, daß alle Mitglieder einer revolutionären Organisation über die gleiche Qualität verfügen. Auch in einer solchen Organisation ist eine gewisse Differenzierung vorhanden und es wäre gefährlich, das zu übersehen: wir dürfen das Ideal der Partei nicht mit der Wirklichkeit verwechseln!

Worauf beruht also die Demokratie in einer revolutionären Organisation, die noch dazu illegal ist? Darauf, daß alle politischen Fragen offen vor den Mitgliedern behandelt werden, darauf, daß die Mitglieder nicht nur gewisse formale Rechte besitzen, sondern daß die Leitung die Mitglieder unausgesetzt auf dem Boden eines revolutionären Programms erzieht. Die Demokratie der Klassenpartei besteht vor allem in ihrem revolutionären Programm.

Auf dem Boden einer solchen Auffassung des demokratischen Zentralismus, die die Organisationsdisziplin sichert und die Aktionsdisziplin garantiert, treten wir ein für die größte Freiheit der Kritik, der Kritik auch über alle Handlungen der Leitung. Das Recht auf diese Kritik hat in unserer Organisation bestanden und besteht auch heute noch. Es wurde in unserer Organisation niemand "wegen seiner kritischen Stellung gemäßregelt"! Wer dies behauptet, der schlägt der Wahrheit ins Gesicht, der fördert nicht die innere Demokratie, sondern zersetzt sie, weil er die Mitglieder, statt sie zu klären, durch seine Lügen verwirrt. Wir hoffen, daß Du nicht zu jenen gehören willst und daß dieser Brief dazu beiträgt, Dir selbst Klarheit über die in ihm aufgeworfenen Fragen zu schaffen.

29. 12. 1947

Die Leitung der IKÖ

Anlage 2

DIE LINKEN AUF DEM PARTEITAG DER SPÖ UND DIE IKÖ

Der diesjährige Parteitag der SP bestätigte die Erwartung, daß die Linken innerhalb der SP stärker hervortreten würden als beim vorjährigen Parteitag. Wohl zeigten sich noch entscheidende Mängel nicht nur in bezug auf eine einheitliche politische Linie, sondern auch in bezug auf ein einheitliches organisiertes Vorgehen. Trotz aller ihnen noch anhaftenden Fehler war ihr Auftreten auf dem heurigen Parteitag gegenüber dem vorjährigen ein gewaltiger Schritt nach vorwärts. Hätte eine revolutionäre Kraft mittels kluger Kritik den Linken ihre Fehler aufgezeigt, wären diese vorwärtsgetrieben worden - so mancher Fehler wäre dadurch verhindert worden und der Parteitag hätte in der Arbeiterschaft ein noch nachhaltigeres Echo gefunden.

Wie schon erwähnt, traten die Linken nicht einheitlich auf, sondern im wesentlichen in drei Gruppen. Die verschiedene Tragweite der in ihren Resolutionen geübten Kritik an der Linie der Partei oder an den Praktiken des Parteivorstandes beweist, daß unter ihnen vor dem Parteitag kein ernster und tiefer Kontakt bestand. Nehmen wir z.B. die Gruppe der "Vierundvierziger", welche die Scharf-Resolution unterstützten. Man muß feststellen, daß ihre Aktion äußerst primitiv und improvisiert war. Scharf und sein engerer Mitarbeiterkreis versäumten es, die Linken zu organisieren. Auf Grund der Erfahrungen des vorigen Parteitages war dies ein umso schwererer Fehler. Man unterließ es sogar, die Resolution vor dem Parteitag in den Sektionen der Partei zur Diskussion zu stellen, um so die unzufriedenen Parteimitglieder und dadurch auch Delegierte zu gewinnen. Erst auf dem Parteitag selbst versuchte Scharf, die Delegierten für die Unterstützung der Resolution zu gewinnen. Er mußte dabei die bittersten Erfahrungen machen, denn es zeigte sich, daß es fast unmöglich war, ohne vorhergehende ernste Diskussion - sozusagen aus dem Ärmel heraus - Sym-

pathisanten zu finden. So war er gezwungen, so manches noch im letzten Augenblick aus seiner Resolution zu streichen. Doch trotz der Streichungen gelang es ihm nicht, viele Delegierte für sich zu gewinnen, weil ihnen dieser Schritt zu überraschend kam und weil es ihm nicht gelang, Czernetz und seine Getreuen für die Resolution zu gewinnen.

Im Unterschied zur Aktion der "Vierundvierziger" zeigt die Aktion der SJ einen geschlosseneren, überlegteren und dadurch auch organisierteren Charakter. Die SJ entwickelte eine Resolution, die sich zwar nicht grundlegend von der des Gen. Scharf unterscheidet. Immerhin geht sie jedoch einen Schritt weiter, weil sie offen ausspricht, daß der "Kampf gegen die ÖVP inner- und außerhalb des Parlamentes zu verschärfen" ist. Aber auch organisierter trat die SJ auf. Bei ihr fielen die meisten Mängel und Fehler, die sich bei Scharf zeigten, weg. Es zeigte sich, daß die Resolution der SJ durchdiskutiert und vom Bundesvorstand der SJ beschlossen war. So konnten die Delegierten der SJ in jeder Beziehung vorbereitet und geschlossen am Parteitag auftreten. Dieses geschlossene, organisierte und überlegte Auftreten gestattete es den Delegierten der SJ, auf dem Parteitag entschieden gegen die unsäuerlichen Manöver der Scharf & Helmer Stellung zu nehmen, ohne Schläge einzustecken, wie sie Scharf zu spüren bekam. So protestierten sie gegen die Zensurmaßnahmen der Partei, denen ihre Resolution bei der Veröffentlichung in Resolutions- und Antragsheft teilweise zum Opfer fiel. Ebenso protestierten sie wegen des Verstoßes gegen das Parteistatut, da die Anträge und Resolutionen zum Parteitag nicht in Zentralorgan der Partei veröffentlicht wurden. Ja, sie verstanden es sogar, mehr oder weniger die Galerie zu organisieren, um auch von dort die nötige Unterstützung für ihre Aktionen zu erlangen. Das erzielte Resultat war daher weitaus zufriedenstellender als dies bei Scharf der Fall war. Die Resolution der SJ erzielte 111 Stimmen u. zw. ohne unmittelbarer Gefährdung durch den Parteivorstand, wie dies bei Scharf der Fall war, der als Zentralsekretär gegangen wurde. Und doch zeigte sich auch bei der SJ ein entscheidender Fehler. Ihre Aktion war nur auf die eigenen Reihen beschränkt und nicht mit den oppositionellen Elementen der Partei gemeinsam durchgeführt worden.

Neben diesen beiden als Opposition auf dem Parteitag aufgetretenen Gruppen trat eine dritte Gruppe auf. Es handelt sich um die "Sozialistischen Studenten". Ihrem Auftreten gebührt schon deshalb große Aufmerksamkeit, weil sie sich nicht wie die beiden anderen Gruppen durch Delegierte Gehör verschaffen konnten, sondern nur durch eine gedruckte Schrift, die in die Mappen der Delegierten geschmuggelt wurde. Diese "Denkschrift zum Parteitag der SPÖ 1947", wie sich diese Broschüre betitelt, unterscheidet sich aber auch von den anderen Kritiken dadurch, daß sie tiefer und weit gründlicher die Wurzeln der SP-Politik untersucht. Freilich bleibt auch diese Broschüre die letzte Konsequenz schuldig. Jedoch ihr tiefes und gründliches Verstehen der Ursachen der SP-Politik zeigt, daß diese Gruppe am klarsten sieht und daher am weitesten links steht. So erkennen die "S.St." daß die Ursache des immer mehr nach rechts gehenden Weges der SP "in der Ignorierung der marxistischen Prinzipien und in wachsender Akzeptierung kleinbürgerlicher Ideologien" liegt. Sie erkennen auch, daß die SP "im Ministerialismus versank" und dadurch "die aktivsten Teile der Jugend und Arbeiter in das Lager des Faschismus und Stalinismus" stieß. Sie kritisieren vortrefflich die Koalitionspolitik, indem sie richtig aufzeigen, daß "die sozialistische Teilnahme an der Koalition bald in Wirklichkeit von der Bourgeoisie als Aushängeschild benützt wurde, um die Massen bei Stimmung zu erhalten und den gefährdeten Kapitalismus mit Arbeiterrisikern zu retten". Sie fordern die Aufgabe der Orientierung zum Kleinbürgertum und die Orientierung auf die Massen des Proletariats. Sie fordern "kraftvolle Aktionen und Demonstrationen", wie überhaupt den verstärkten Kampf auf den Straßen und in den Betrieben. Man könnte noch manche Stelle dieser Bro-

schüre zitieren um zu beweisen, daß ihre Kritik neben den anderen beiden Gruppen weit tiefer und klarer ist. Ebenso könnte man die wunderbaren Stellen zitieren, die sich mit den Fragen der freien Kritik, der inneren Demokratie und der Frage der parteilichen Disziplin beschäftigen, um ihren Schritt vor den Arbeitern und der Partei zu rechtfertigen. Dennoch haftet auch dieser Gruppe der grundlegende Fehler an, den wir schon bei den anderen Gruppen feststellen konnten: Sie treten nur auf sich beschränkt, isoliert auf, ohne organisierten Kontakt mit den unzufriedenen Arbeitern innerhalb der SP.

Nun mögen viele unserer Genossen fragen, was diese Vorgänge auf dem Parteitag der SP mit unserer Organisation zu tun haben. Man wird sagen: "Wir freuen uns, daß es Anzeichen einer wachsenden Unzufriedenheit innerhalb der SP gibt, welche sogar alle Teile der Partei, wie Jugend, Arbeiter und Studenten, erfaßt. Wir werden diese Vorgänge weiter aufmerksam beobachten, aber mehr können wir nicht tun". Eine solche Stellungnahme wäre grundfalsch. Zuerst müssen wir uns fragen: "Hätten wir die Opposition, die wir richtig als anwachsend erkannten, vom vorjährigen bis zum heurigen Parteitag befruchten können?" Unweigerlich! Hätten wir die Beschlüsse unserer 1. Konferenz realisiert und "das Gesicht der fraktionellen Parteiarbeit in der SP und vor allem der SJ zugewendet", wie dies Punkt 58,b unserer Aufgaben festlegt, so hätten wir, gestützt auf eine kluge Taktik, die Linken sehr befruchten können. Vielleicht wäre dann mancher Fehler unterblieben und die Linken hätten viel mehr Kräfte auf sich vereinen können. Warum geschah seitens unserer Organisation in dieser Richtung nichts? Geschah deshalb nichts, weil eine solche Aktion über die Kräfte unserer Organisation gegangen wäre? Oder deshalb, weil die dazu notwendige Weisung - der weitaus größte Teil unserer Genossen habe in die SP zu gehen - konspirativ nicht tragbar gewesen wäre? Es ist kaum anzunehmen, daß diese Argumente eine tiefere Begründung finden könnten, denn die Beschlüsse der 1. Konferenz wurden bis heute noch von keiner Seite als überspitzt oder unrealisierbar widerlegt. Daher sind bis heute die Beschlüsse der Konferenz noch in voller Geltung und harren ihrer Durchführung. Worin mögen die Ursachen liegen, daß sich unsere Organisation an die eigenen Beschlüsse nicht gebunden fühlt? Woran mag es liegen, daß kein einziges Mal die Beschlüsse der Konferenz den Genossen in Erinnerung gerufen wurden, daß die Beschlüsse in Vergessenheit geraten konnten, obwohl sie das Fundament der Tätigkeit darstellen bis sie widerrufen oder durch andere ersetzt werden?

Die Ursache liegt darin, daß sich die Tätigkeit unserer Organisation während dieses Jahres weitab von den Beschlüssen der Konferenz bewegte. Die Haupttätigkeit bestand in der Reinigung der Organisation von "unfruchtbaren" Elementen, wobei die freie positive Kritik und die innere Demokratie - der Motor jeder revolutionären Bewegung - zerstört wird. Diese "Säuberungsaktion" unserer Organisation nahm die gesamte Kraft derselben in Anspruch, deshalb hatte man keine Zeit, die Beschlüsse der Konferenz zu verwirklichen. Es muß jeden ehrlichen Revolutionär mit Schmerz erfüllen, wenn auf den Konferenzen einer revolutionären Organisation papierene Programme und Beschlüsse gefaßt werden, doch das schmerzlichste ist, wenn innerhalb einer revolutionären Organisation die wesentlichste Triebkraft jedes Fortschritts, die freie positive Kritik und innere Demokratie unterbunden wird. Wo dies geschieht, hört jede Bewegung auf und beginnt unvermeidlich der Verfall. Wie könnten wir z.B. trotz der ehrlichsten politischen Absichten befruchtend innerhalb der SP-Linken wirken, wenn wir den eventuell gewonnenen Genossen keine anderen organisatorischen Grundlagen bieten könnten als sie in der SP vorfinden? Unsere Aufgabe ist es, die politische Kritik in die Reihen der SP-Linken und die SP überhaupt zu tragen und den Kampf der Linken gegen die unsauberen Methoden, wie Unterbindung jeder Kritik oder Maßrege-

lung der Kritiker durch die Parteihierarchie energisch zu unterstützen. Können wir dies, wenn es auf diesem Gebiet in der eigenen Organisation sehr traurig aussieht? Nein! Wir würden nur noch mehr ehrliche Arbeiter von der Arbeiterbewegung abstoßen.

In nicht allzulanger Zeit wird die 2. ordentliche Konferenz der IKÖ tagen. Der Rechenschaftsbericht der Führung über ihr Tun und ihre Unterlassungen sowie die an diesem Bericht geübte Kritik werden zeigen, ob die Organisation gewillt sein wird, den Weg zurück zur inneren Demokratie zu gehen. Wenn wir die Kraft aufbringen, unsere Fehler und Unterlassungen einzusehen und des Willens sind, es in Zukunft besser zu machen, dann wird es in unseren Reihen keine papiernen Beschlüsse und keine wegen ihrer kritischen Stellung Gemäßregeln mehr geben. Genossen, habt die Kraft, damit wir uns selbst besinnen! Haben wir diese Kraft, dann wird sie sich beim nächsten Parteitag der SP widerspiegeln durch Geltendmachung unseres Einflusses auf die Linken. Dies wäre ein großer Schritt vorwärts am Wege zur revolutionären Klassenpartei.

Eingelangt: Ende Nov 1947

gez. B.
